
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 3 (1975)

DOI: 10.11588/fr.1975.0.48811

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

philosophie sociale, le solidarisme, en aurait été détourné par l'affaire Dreyfus qui ressuscitait les vieux conflits et étouffait les nouveaux: là on est sensible à l'acuité d'un regard étranger, qui minimise les drames spectaculaires dont nous nous croyons encore marqués aujourd'hui, et qui par contre met en évidence les occasions manquées mieux que nous ne pourrions le faire. Par contre, Th. ZELDIN ne répond pas plus que la plupart des historiens de la 3ème République à la question majeure, qui est de savoir comment une nation aussi divisée, un régime aussi discuté aux alentours de 1910 ont pu résister ensuite aux épreuves de la Grande Guerre.

Il est vrai que, par une modestie que nous espérons provisoire, le volume conclut . . . qu'on ne peut pas encore conclure: »Les ambitions et les frustrations qui ont été révélées ici ne peuvent s'expliquer sans de nouvelles investigations« portant principalement sur la vie régionale, l'école, les intellectuels. Du moins s'il faut en croire les dernières lignes du livre lui-même; car la jaquette annonce un autre programme pour le tome II, et plus ambitieux encore . . . Peu importe cette dernière incertitude; nul doute que la suite ne soit digne du commencement, n'apporte comme lui une multitude d'informations nouvelles, ne pose une foule de problèmes, ne provoque les historiens à des étonnements fort salutaires. Alors bien des lecteurs accepteront une nouvelle fois de faire taire leurs exigences habituelles en matière de logique et de méthode.

Pierre AYÇOBERRY, Paris

Robert R. LOCKE, *French Legitimists and the Politics of Moral Order in the Early Third Republic*, Princeton/N. J. (Princeton University Press) 1974, X, 321 S., 8°.

Nicht so sehr die Politik französischer Legitimisten als ihre Rolle im sozio-ökonomischen und politischen Wandel des 19. Jahrhunderts ist Locke's Gegenstand. Legitimismus definiert er nicht durch die Bindung an den Prätendenten der älteren Bourbonenlinie, den Comte de Chambord, sondern ideologisch aus der »konterrevolutionären Mentalität« des *ordre moral* heraus: Der Legitimist sah in der bestehenden Sozialordnung, in der Anerkennung der traditionellen kirchlichen und weltlichen Autoritäten, die notwendige Basis jeglicher Gesellschaftsordnung. Papsttum und Kirche, Familie und Eigentum waren seine wichtigsten Werte. In dieser Konzeption des *ordre moral* unterschieden sich die Legitimisten, so Locke, von den übrigen konservativen Gruppen ihrer Zeit und insbesondere von dem politischen Liberalismus.

LOCKE untersucht die Führungsschichten des Legitimismus am Beispiel der etwa 200 legitimistischen Abgeordneten in der Nationalversammlung von 1871 bis 1875. 55% dieser Deputierten stammten aus dem Adel des Ancien régime, die übrigen vorwiegend aus jüngerem Adel bürgerlichen Ursprungs oder aus der katholischen Provinzbourgeoisie, welche den Antiliberalismus und Antiprotestantismus jener aristokratischen Gruppen teilte. Doch ein eindeutiger Kausalzusammenhang zwischen sozialem Hintergrund und politischer Haltung besteht

nicht, da umgekehrt diese Notabelnschichten nicht insgesamt legitimistisch gesinnt waren; vor allem regional ist hier stark zu differenzieren. Die Legitimisten lebten meist auf dem Lande oder in kleineren Provinzstädten, und sie hegten eine starke Abneigung gegen die Großstadt, in der sie vor allem Luxus, Materialismus und politischen Radikalismus verkörpert sahen.

Der ökonomische Hintergrund der legitimistischen Deputierten ist nur teilweise zu erfassen; Testamente und Notariatsakten sind für diese Zeit so gut wie unzugänglich. Die Mehrheit der Abgeordneten waren Großgrundbesitzer, doch ist die Größe ihres festen Besitzes ebenso wie der Besitz an Aktien, Staatsobligationen etc. nur in einigen Einzelfällen zu ermitteln. LOCKE hat Listen der personellen Besetzung wichtiger Firmen- und Bankenleitungen im Jahre 1863 gefunden und schließt unter anderem aus diesen, daß die Legitimisten durchaus auch in der technischen und ökonomischen Avantgarde ihrer Zeit zu finden waren; so leistete etwa Benoist d'Azy, dessen Privatnachlaß LOCKE benutzte, u. a. einen wichtigen Beitrag zum Ausbau des Eisenbahnwesens unter dem II. Empire. Waren die Grundbesitzer vorwiegend Adlige, so stammten die legitimistischen Industriellen und Handelsunternehmer häufiger aus der Bourgeoisie.

Ein Vergleich der ökonomischen und beruflichen Tätigkeiten der orleanistischen und der legitimistischen Abgeordneten zeigt nur wenige grundlegende Unterschiede zwischen beiden Gruppen. Jeweils etwa ein Viertel waren Juristen, je fast 10% Militärs. Während sich unter den Legitimisten mehr Grundbesitzer fanden (42% zu 22%), so überwogen Unternehmer (15% zu 25%) und Wissenschaftler (2 zu 4%) unter den Orleanisten. In differenzierter Untersuchung der ökonomischen Tätigkeitsbereiche kommt LOCKE jedoch zu dem Schluß, daß die Orleanisten insgesamt nicht, wie gemeinhin angenommen, die tragende Schicht der industriellen Revolution in Frankreich gewesen sind; von individuellen Ausnahmen wie Benoist d'Azy abgesehen, leistete keine der beiden Gruppen insgesamt einen wesentlichen Beitrag zur Industrialisierung Frankreichs, so daß »the political and social cleavages existing in France during industrialization did not correlate with the problems induced by industrialization« (S. 136). Der Kampf zwischen Legitimismus und Orleanismus ist also auch nicht der zwischen einer alten und einer neuen ökonomischen Elite, sondern ein sozialer Kampf um die Legitimation gesellschaftlicher Elitepositionen: um Stand oder Leistung.

Der Begriff des Standes gibt den Schlüssel zum Verständnis der sozialen Mentalität des Legitimismus. Der Stand gründete sich auf die traditionelle gesellschaftliche Position der Familie, und diese, nicht das Individuum, bildete die Grundeinheit der sozialen Ordnung. Die Legitimisten wollten durchaus nicht die ökonomischen und sozialen Strukturen des Ancien régime wiederbeleben, wie man ihnen oftmals vorwarf, doch sie wollten die Kontrolle der Notabeln über die Gesamtheit der Gesellschaft erhalten. Soweit bürgerliche Schichten in die legitimistischen Notabelpositionen einrückten, veränderten sie nicht die soziale Mentalität des Legitimismus, sondern übernahmen diese.

In ihrer politischen Haltung schwankten die Legitimisten der 70er Jahre fast stets zwischen Revolutionsangst einerseits und Staatsfeindlichkeit andererseits.

Diese Feindschaft galt nicht nur der Republik, sondern hier setzte sich das jahrhundertealte Mißtrauen des Adels gegenüber der zentralen Staatsgewalt fort. Der Staat übernahm, z. B. durch die Präfekturen, mehr und mehr Funktionen in der Provinz, welche zuvor den Notabeln zugestanden hatten. Zugleich benachteiligte er in den Augen der Legitimisten die Entwicklung des Landes zugunsten der Stadt; da die Urbanisierung auch die Radikalisierung der unteren Schichten förderte, bedrohten Staat und Revolution die Sozialordnung in ähnlicher Weise. Zugleich sahen sich diese traditionellen Notabelnschichten aber mehr und mehr auf die Unterstützung des Staates als sozialen Stabilisators verwiesen, da sie allein der *crise morale* des 19. Jahrhunderts nicht mehr Herr wurden.

Dieser Zwiespalt erklärt weitgehend die Inkonsistenz in den politischen Vorstellungen der Legitimisten und damit auch das Scheitern der meisten ihrer Reformprojekte in der Nationalversammlung. Ein Minimalkonsens ließ sich unter ihnen lediglich erzielen über verstärkte staatliche Hilfe für den Agrarsektor, scharfes Durchgreifen gegen die Internationale, größere Vereinigungsfreiheit, *liberté de tester*, stärkere Besteuerung liquiden Besitzes im Vergleich zum Grundbesitz und schließlich Reduzierung der Kinderarbeit in Industrie und Handwerk. In den meisten anderen Fragen gingen die Positionen weit auseinander – sei es im Erziehungswesen (hier bestand lediglich Einigkeit über eine grundsätzliche Stärkung des Kircheneinflusses), sei es in der Armee-, der Justiz-, der Verwaltungsreform oder der Sozialgesetzgebung. So kamen auch die vielfältigsten Koalitionen in der Nationalversammlung zustande bis hin zur *politique du pire*, der Koalition von Teilen der Legitimisten mit Republikanern gegen Zentrum und orleanistische Rechte – so in der Frage der Verwaltungsdezentralisierung, beim Sturz der Regierung Broglie 1874 oder bei der Senatorenwahl 1875.

Abschließend untersucht LOCKE das Wahlverhalten der Legitimisten. Er zeigt, daß die Monarchisten im Kriegswinter 1870/71 durchaus lokale und regionale Wahlkomitees zur Vorbereitung der Wahlen im Februar 1871 organisiert hatten, und widerlegt damit die bisher allgemein anerkannte These von dem organisatorischen Unvermögen der Konservativen in dieser Umbruchphase.

Die Wahlen von 1876 markierten das Ende der politischen Bedeutung des Legitimismus in der französischen Politik: die Republikaner waren die großen Gewinner der Wahl. Die genaue Untersuchung der Departements (Locke bearbeitete hierfür allein etwa 260 Zeitungen) läßt keinen eindeutigen Schluß zu über den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur, Religiosität und politischem Votum. Die Wahlen zeigten, regional unterschiedlich stark, eine allmähliche Lösung der Bauernschaft von den traditionellen Eliten: Der Stil des republikanischen Wahlkampfes sprach die unteren Schichten stärker an als das distanziertere Verhalten der Notabeln. Weithin zerfiel die alte legitimistisch-orleanistische Koalition von 1871, und Teile des ehemals orleanistischen rechten Zentrum traten jetzt vielfach gemeinsam mit dem rechten Flügel der Republikaner für eine konservative Mittelklassen-Demokratie ein. Läßt sich auch nicht sagen, daß in allen Gegenden mit starker Religiosität noch monarchistisch gewählt wurde, so stellt man doch zumindest umgekehrt fest, daß in den noch

monarchistisch gesinnten Regionen – vor allem im Westen – ein starker Kircheneinfluß und weitgehende ökonomische Abhängigkeit von den Notabeln erhalten geblieben waren.

LOCKE hat gezeigt, daß zwar durchaus nicht alle Legitimisten die wandelnden Anachronismen waren, als die sie in ihrer Zeit vielfach galten. Beurteilt man aber ihr Verhalten gegenüber der Entwicklung des Staates und gegenüber dem Industrialisierungsprozeß, und untersucht man, inwiefern sie »represented outmoded groups reminiscent of the Old Regime« (S. 265), so erweist sich, daß sie insgesamt doch eine Außenseiterposition in den Wandlungsprozessen des 19. Jahrhunderts einnahmen.

In jahrelanger Arbeit¹ hat Locke ein umfangreiches Material zusammengetragen. Zwölf bisher unbekannte Privatarchive der Provinz, mehrere Departement- und Stadtarchive, breite Dokumentenbestände aus Parlamentsdebatten und -kommissionen und umfangreiches publizistisches Material – um nur das wichtigste zu nennen – liegen der Arbeit zugrunde. Der Autor hat die Quellen nachweise daher auf ein Minimum beschränkt und seine Ergebnisse in äußerst konzentrierter Form zusammengefaßt. Der flüssige Stil und die ständige theoretische Reflexion auch von Teilergebnissen lassen leicht vergessen, daß sich weithin hinter fast jedem Satz intensive Quellenarbeit verbirgt. Daß dennoch nicht alle Fragen beantwortet werden können, stellt der Autor selbst mehrfach fest, und auf diese Stellen sei hier auch nicht eingegangen.

Zu fragen ist aber beispielsweise, ob sich der Vergleich des ökonomischen Engagements der verschiedenen Gruppen – er hat immerhin weitreichende theoretische Konsequenzen – tatsächlich nach Daten bestimmen läßt, die nicht nur fast ein Jahrzehnt vor dem Aufsteigen dieser Gruppen in die politische Führung gesammelt wurden (in den Listen von 1863 sind nur 35 der 727 Deputierten von 1871/75 aufgeführt), sondern seit deren Entstehen auch das politische Regime gewechselt hat.

Nicht unproblematisch erscheint auch LOCKE's Auswahl der Deputierten, auf die er seine Arbeit gründet, und damit seine Definition des Legitimus. In sorgfältiger, breit angelegter Analyse hat er dieses schwierige Problem mit der Konzeption des *ordre moral* gelöst. Doch als Schlüsselbegriff der beginnenden III. Republik wurde das Wort von dem Duc de Broglie, also dem Führer des Orleanismus geprägt, und für die Zeitgenossen bezeichnete es einen der schärfsten Feinde vieler Legitimisten: die konservative Republik unter Mac Mahon². Es ist dies nicht nur eine begriffsgeschichtliche Frage. Denn auf einen Teil der Orleanisten der Zeit trifft auch LOCKE's eigene Definition des *ordre moral* ebenso zu wie auf die Legitimisten, aber diese Orleanisten hat LOCKE nicht zu seiner Gruppe gezählt. LOCKE zufolge beweist zwar die Konzeption des *ordre moral* die ideologische Eigenständigkeit des Legitimus gegenüber anderen politischen Gruppen der Zeit, doch andererseits zeigt der Autor auch selbst

¹ LOCKE's Dissertation zur gleichen Thematik wurde bereits 1965 abgeschlossen.

² Der Begriff stammt aus Broglie's Rede vom 23. 5. 1873, die zu Thiers' Sturz führte (Annales de l'Assemblée Nationale, T. XVIII, Paris 1873, S. 36), und Mac Mahon griff ihn in dem Brief auf, mit dem er seine Wahl zum Staatspräsident annahm (ebd. S. 77).

immer wieder, daß diese Trennungslinien in der Praxis nicht klar zu ziehen sind. Auf den größten Teil seiner Deputierten trifft de facto die Definition durch das Eintreten für eine Restauration Chambords zu; aber auch nach dieser Definition unterscheidet sich LOCKE in einer Reihe von Fällen von der bisherigen Historiographie. Mangels detaillierter Quellenbelege ist kaum zu überprüfen, wie er jeweils zu seiner Einordnung kommt³.

Es ist zu fragen, ob nicht gerade LOCKE's differenzierte Analysen der Inkonsistenz von Ideen und politischem Verhalten der Legitimisten zeigen, daß mit den dynastischen Begriffen »Orleanismus« und »Legitimismus« die politische Wirklichkeit Frankreichs in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht mehr adäquat erfaßt werden kann. Um die Kriterien zu präzisieren, nach denen die politischen Tendenzen dieser Zeit sich formten, wäre allerdings eine genaue Untersuchung des Verhaltens aller politischen Kräfte erforderlich. LOCKE's Werk ist jedenfalls eine der bisher umfassendsten und gründlichsten Arbeiten zur französischen Sozialgeschichte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Rainer HUDEMANN, Trier

Oberrheinische Studien. Band II. Neue Forschungen zu Grundproblemen der badischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Herausgegeben von Alfons SCHÄFER im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein e. V. in Karlsruhe (Braun) 1973, 407 S.

A la différence du premier volume des »Etudes haut-rhénanes«, qui était consacré au Moyen-Age, c'est l'histoire contemporaine qui fait l'objet de ces treize articles fort substantiels. On pourrait dire que ce livre tient lieu d'une histoire politique du pays de Bade entre 1815 et 1950, avec quelques digressions du côté de l'histoire économique. Plutôt que d'en énumérer les titres et les auteurs, nous préférons dégager les principaux aspects d'une problématique qui revient assez souvent au fil de ces pages. On est frappé de constater en effet que ce pays, le *Musterländle* des Libéraux du XIXème siècle, fournit un modèle – non plus normatif, cela n'intéresse guère les historiens, mais expli-

³ S. 271 ff. gibt er eine Aufstellung dieser Abgeordneten. Auf zwei Details sei hingewiesen. LOCKE identifiziert (vgl. Register S. 315) zwei verschiedene Abgeordnete mit einander: Der Marquis Charles de Juigné (gemeint S. 26, 247) war Abgeordneter der Sarthe, der Comte Charles de Juigné – einer der reichsten bretonischen Grundbesitzer – vertrat die Loire-Inférieure (gemeint S. 254, 274). – Die drei Brüder Monjaret de Kerjégu werden mehrfach miteinander verwechselt (zu den Stellen vgl. das Register). Der Landwirt Louis Monjaret de Kerjégu, am ausführlichsten behandelt, gehörte der Nationalversammlung nicht an, sondern wurde erst 1876 im Finistère gewählt (nicht in den Côtes du Nord). Die Côtes du Nord vertrat der Admiral Jules-Marie Monjaret de Kerjégu, doch auch erst ab Februar 1875 (Senator 1876). Ihn wiederum verwechselt Locke mit seinem Bruder, dem Landwirt und Unternehmer François Monjaret de Kerjégu, Abgeordneter des Finistère seit 1871, Senator des Finistère 1876.